



Haushalts- und Finanzausschuss

5. Sitzung (nichtöffentlich)

26. Oktober 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150

1

Vorlagen 13/71 bis 13/81, 13/84 und 13/85 (Ergebnisvermerke der Bericht-
erstattegespräche)

Vorlagen 13/168, 13/176, 13/178, 13/180, 13/191, 13/197, 13/200, 13/202 und 13/203

Zweiter Beratungsdurchgang und Auswertung der Ergebnisse der Berichterstattegespräche

Der Ausschuss bestätigt einstimmig die in den Berichterstattegesprächen erteilten Aufträge und wertet im Rahmen des Zweiten Beratungsdurchgangs die bisher vorliegenden Ergebnisvermerke aus.

2 Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW" und zum Erlass personalvertretungsrechtlicher Regelungen

Gesetzentwurf der Landesregierung

3

Drucksache 13/189

Erster Beratungsdurchgang

Im Hinblick auf die heute Nachmittag stattfindende Anhörung kommt es zu keiner inhaltlichen Aussprache.

3 Neuordnung der Zollverwaltung in Nordrhein-Westfalen

4

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht durch Minister Peer Steinbrück (FM)

4

- Aussprache

5

4 Eckpunkte des Bundesfinanzministeriums zum Länderfinanzausgleich 6

Vorlage 13/175

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht durch Minister Peer Steinbrück (FM) 6

- Aussprache 7

5 Zahlungen der Philipp Holzmann AG an die WestLB 8

Bericht des Finanzministeriums

Minister Peer Steinbrück erstattet einen kurzen Bericht und antwortet, soweit es seine Pflicht zur Vertraulichkeit zulässt, auf die sich ergebenden Fragen.

6 Belastung der Länderhaushalte durch Entfernungspauschale und Heizkostenzuschuss 11

Bericht des Finanzministeriums

Der Ausschuss nimmt einen kurzen Bericht des Finanzministers entgegen.

7 Besoldungs- und Versorgungserhöhung 2000 und 2001 12

Bericht des Finanzministeriums

Minister Peer Steinbrück (FM) berichtet dem Ausschuss und sagt im Rahmen der anschließenden Aussprache zu, einen Vergleich der Steigerungen der Erwerbseinkommen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst vorzulegen.

8 Verschiedenes

- | | | |
|----|---|----|
| a) | Urteil gegen einen Wuppertaler Sparkassenmitarbeiter | 15 |
| b) | Flüge von WestLB-Vorstandsmitgliedern | 16 |
| c) | Abgabe von Steuerstrafsachen an die Staatsanwaltschaften | 17 |
| d) | Auflösung nordrhein-westfälischer Bundeswehr-Standorte | 18 |

Aus der Diskussion

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150

Vorlagen 13/71 bis 13/81, 13/84 und 13/85 (Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 13/168, 13/176, 13/178, 13/180, 13/191, 13/197, 13/200, 13/202 und 13/203

Zweiter Beratungsdurchgang und Auswertung der Ergebnisse der Berichterstattergespräche

Vorsitzender Volkmar Klein verweist vorab auf Vorlage 13/202, in der die Aufträge aus den Berichterstattergesprächen - die zum Teil über die Beratungen des Nachtragshaushaltsplans hinausgingen - aufgelistet seien. - Der **Ausschuss** bestätigt diese Aufträge einstimmig.

Der **Vorsitzende** fährt fort, er habe den Ergebnisvermerken entnommen, dass in den Berichterstattergesprächen teilweise auch Personalfragen erörtert worden seien. Er erinnert an den Beschluss, den Personalhaushalt im Unterausschuss "Personal" zu behandeln, und bittet, sich prinzipiell an diese Aufgabenteilung zu halten.

Anschließend ruft er die **Einzelpläne** nacheinander zur Beratung auf. Zu den folgenden Einzelplänen ergeben sich Wortmeldungen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Auf entsprechende Frage des **Vorsitzenden Volkmar Klein** bzw. der **Edith Müller (GRÜNE)** teilt **RD Fromm (Staatskanzlei)** mit, der erbetene Erfahrungsbericht über die Arbeit des Call-Center werde noch in dieser Woche und die ebenfalls zugesagte Übersicht über die europapolitischen Projekte werde außerhalb des Nachtragshaushaltsverfahrens dem Ausschuss zugeleitet.

Einzelplan 03 - Innenministerium

Winfried Schittges (CDU) bezieht sich auf die Ausführungen zur Ausstattung der Polizei mit Schutzwesten in Vorlage 13/73 und fragt nach, zu welchem Zeitpunkt jeder Polizeibeamte im Besitz einer schuss- und stichfesten Unterziehweste sein werde. - Die vollständige Umrüstung und Ausstattung der Polizei werde Ende 2002 abgeschlossen sein, antwortet **Minister Peer Steinbrück (FM)**.

Einzelplan 04 - Justizministerium

Unter Bezugnahme auf das "Konzept zum Abbau der Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten" fragt **Winfried Schittges (CDU)**, wann es denn für die Forensik-Einrichtungen, für die es ihm angesichts der Verhältnisse noch dringlicher erscheine, ein Konzept zum Abbau der Überbelegung geben werde.

Minister Peer Steinbrück (FM) legt dar, die zuständige Ministerin Fischer werde noch in den nächsten Wochen darüber informieren, wie der Abbau der Überbelegung vonstatten gehen solle. Der Haushalt 2001 werde die zur Einleitung dieser Maßnahmen notwendigen Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen ausweisen.

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Nach den Worten des **Vorsitzenden Volkmar Klein** ist bei dem Berichterstattergespräch dargelegt worden, dass von den Konzessionseinnahmen aus den Oddset-Wetten nur 29 Millionen DM für den vorgesehenen Zweck verausgabt worden seien; die übrigen Einnahmen seien als allgemeine Deckungsmittel bezeichnet worden. Er wüsste gern, ob die Landesregierung das für mit den seinerzeitigen Beschlüssen zum Sportwettengesetz kompatibel halte.

Minister Peer Steinbrück (FM) verneint. Derzeit fänden Gespräche mit den Mehrheitsfraktionen darüber statt, wie die in Rede stehenden übrigen 13 Millionen DM zweckgebunden verausgabt werden sollten. Nach den derzeitigen Berechnungen sei in diesem Jahr mit Konzessionseinnahmen nicht nur von 42, sondern sogar von 48 Millionen DM zu rechnen, sodass weitere 6 Millionen DM hinzukämen.

Allerdings dürfe nicht erwartet werden, dass sich diese Entwicklung im nächsten Jahr so fortsetzen werde. Denn wenn es beim Fußballtoto zu Mindereinnahmen kommen sollte, sei das Land verpflichtet, dem Fußballverband gleichwohl jährlich 10 Millionen DM zur Verfü-

gung zu stellen. Wenn die Einnahmen aus dem Fußballtoto dafür nicht ausreichen, müsse ein Ausgleich aus allgemeinen Deckungsmitteln erfolgen.

Ob das auf die Trabrennvereine genauso zutreffe, möchte **Vorsitzender Volkmar Klein** wissen. - Das sei leider nicht der Fall, entgegnet **Minister Peer Steinbrück (FM)**. Die finanziellen Sorgen der Trabrennvereine resultierten aus einer anderen Problematik, nämlich aus einem Finanzgerichtsurteil zur Abgrenzung zwischen den gemeinnützigen und den kommerziell ausgerichteten Aktivitäten dieser Vereine, das Folgen für die Abzugsfähigkeit bestimmter Beträge habe. Er sei gerne bereit, an den Bemühungen mitzuwirken, dass es nicht zu Nachteilen für die Vereine komme. Mit einem Kompensationsmechanismus im Zusammenhang mit der Oddset-Wette habe das aber nichts zu tun.

Im Anschluss an die Einzelberatungen bittet **Finanzminister Peer Steinbrück** den Ausschuss, im Nachtragshaushalt noch eine Ausgabenposition auszubringen: Um zu einer datengestützten Steuerabrechnung zu kommen, die erhebliche Rationalisierungspotenziale erschließen werde, hätten sich die Länder auf der Finanzministerkonferenz soeben verabredet, zum 1. Januar 2001 eine "FISCUS GmbH" zu gründen. Das Land wolle Gesellschafter werden und müsse deshalb einen Gesellschaftsanteil von 4.000 DM einzahlen, wofür es bisher noch keinen Haushaltsansatz gebe.

MDgt Dr. Berg (FM) macht noch darauf aufmerksam, dass in der dem Entwurf des Nachtragshaushaltsplans beigefügten Haushaltsübersicht die Schlusssummen der Einzelpläne 14 und 15 falsch wiedergegeben seien. Die korrekte Haushaltsübersicht sei als Anlage 4 zur Vorlage 13/203 soeben verteilt worden. Er bitte, die Schlusssummen zu korrigieren; am Etatvolumen ändere sich dadurch nichts.

2 **Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW" und zum Erlass personalvertretungsrechtlicher Regelungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/189

Erster Beratungsdurchgang

Vorsitzender Volkmar Klein führt aus, er habe nach der Sondersitzung vom 28. September, in der die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am heutigen Nachmittag beschlossen worden sei, das Einladungsschreiben an die Sachverständigen und den Fragenkatalog den Ausschussmitgliedern als Vorlage 13/126 zugeleitet.